

# Viele Städte vor dem „Kollaps“

## Schwerste Krise der Kommunalfinanzen beschädigt Demokratie

Der Deutsche Städtetag hat Anfang Februar „Alarm“ geschlagen. Die Folgen der kapitalistischen Krise sind 2009 auf die Kommunen durchgeschlagen, 2010 wird sich die Lage weiterverschärfen. Hinzu kommen die langjährigen strukturellen Finanzprobleme vieler Städte, die immer mehr handlungsunfähig machen. Petra Roth (CDU), Oberbürgermeisterin von Frankfurt und Präsidentin des Kommunalen Spitzenverbandes, spricht von der „schwersten Finanzkrise“ der Kommunen seit dem Kriegsende.

Tatsächlich bestätigen die Zahlen des Anfang Februar veröffentlichten Berichtes des Deutschen Städtetages diese Aussage. Nach einem positiven Finanzierungssaldo aller Kommunen (ohne Stadtstaaten) von + 7,6 Mrd. Euro in 2008, geht der Bericht für 2009 von einem Finanzierungsdefizit von - 4,45 Mrd. Euro aus und für 2010 von - 12,05 Mrd. Euro. Das ist fast die Hälfte mehr, als das bisher höchste Finanzierungsdefizit von -8,4 Mrd. Euro in 2003. Gleichzeitig sind auch die kurzfristigen Kassenkredite rasant gestiegen. Sie lagen 2009 bei - 33,8 Mrd. Euro und stiegen allein in den ersten drei Quartalen 2009 um 4 Mrd. Euro. Damit werden fast 20 % der Ausgaben der Kommunen durch Kassenkredite gedeckt. Die Finanzierungsprobleme der Kommunen sind also akut.

Eine der wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung ist der Einbruch der Gewerbesteureinnahmen der Städte, die – abzüglich der vom Bund kassierten Gewerbesteuerumlage – von 31,14 Mrd. Euro in 2008 um 17,4 % auf 25,75 Mrd. Euro in 2009 einbrachen. Für 2010 erwartet der Deutsche Städtetag einen weiteren Einbruch um 4,3 % auf 24,65 Mrd. Euro. Dieser Einbruch ist nicht nur krisenbedingt, vielmehr sind nach Berechnungen des Städtetages rund 900 Mio. Euro dieser Gewerbesteuer-Rückgänge der Unternehmenssteuerreform geschuldet. Insgesamt sanken schon 2009 die Steuereinnahmen der Städte um 7,7 Mrd. Euro. Neben der Gewerbesteuer ist der größte Minusposten der Einkommensteueranteil der Gemeinden, der von 2008 auf 2010 um 16 % sinken wird.

Bei den Ausgaben haben die Sozialausgaben der Städte die höchste Steigerungsrate. Sie werden 2010 den Rekordwert von 41,6 Mrd. Euro erreichen, doppelt so viel, wie Anfang der 90er Jahre. Das vorgebliche Ziel, die Kommunen bei den Sozialausgaben mit Hartz IV zu entlasten, ist längst widerlegt (siehe Grafik 2). Im Gegenteil: Die von Schwarz-Gelb im Bundestag bereits beschlossene Senkung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft auf 23,5 % macht deutlich, dass der Bund immer mehr Ausgaben auf die Kommunen abwälzt. Insgesamt erwarten die Städte dadurch einen Anstieg der Kosten der Unterkunft auf 11 Mrd. Euro, 27 % mehr, als bei Einführung von Hartz IV.

Dass die Investitionen der Kommunen 2009 und 2010 trotzdem steigen, ist dem Konjunkturpaket II geschuldet. Allerdings steht dem Anstieg der investiven Zuweisungen

an die Kommunen um 3 Mrd. Euro in 2010 ein Rückgang der laufenden Zuweisungen von 1,5 Mrd. Euro entgegen.

Angesichts dieser Situation wehrt sich der Deutsche Städtetag vehement gegen weitere Steuersenkungen sowie gegen die Senkung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft. Er hat von Anfang an einen Ausgleich für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von CDU/CSU und FDP gefordert, das allein Steuerausfälle von 1,6 Mrd. Euro bringen wird. Der Städtetag fordert eine Stabilisierung der Gewerbesteuer und Maßnahmen der Bundesregierung zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen.

### **<ZwÜ>NRW besonders hart betroffen**

Dabei ist die Verteilung der kommunalen Finanzprobleme sehr ungleich. Besonders hart betroffen sind die Großstädte in Nordrhein-Westfalen und hier insbesondere die in schrumpfenden Regionen wie dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land um Wuppertal, Solingen und Remscheid. Mehr als die Hälfte der kommunalen Kassenkredite, 17 Mrd. Euro, entfällt auf Städte in NRW.

Eine interessante Studie des DGB Bezirks NRW kam bereits vor einem Jahr zu dem Schluss: „Es sind insbesondere die Gemeinden betroffen, die einen Strukturwandel erlebt haben. Allen voran die Kohlerückzugsgebiete ... Allen diesen Gebieten ist gemeinsam:

1. Ein Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
2. Ein Rückgang der Bevölkerung ...
3. Ein gleichzeitig überproportionaler Anstieg von Langzeitarbeitslosigkeit und Sozialleistungen ...
4. Infolgedessen eine stark ansteigende Verschuldung, die in der Regel zu einem strukturellen Defizit führt.
5. Dies mündet in der Vergeblichkeitsfalle und führt zu völlig ungleichen Lebensbedingungen in armen und reichen Gemeinden ...

In einigen Kommunen kommen noch weitere Faktoren hinzu, die kommunal nicht beeinflussbar sind ...“

Die Stadt Duisburg konnte zuletzt 1992 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Seit 2003 unterliegt Duisburg dem Nothaushaltsrecht. Die Stadt verlor in 15 Jahren bis 2007 insgesamt 43.000 Einwohner (- 8 %) und damit Steueranteile und Landeszuweisungen. Gleichzeitig ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 32.000 Personen (- 17%) mehr als doppelt so stark zurück. Selbst in den für Thyssen-Krupp, dem größten Duisburger Konzern, profitablen Jahren vor dem Kriseneinbruch gelang es der Stadt nicht, aus den „roten Zahlen“ zu kommen, obwohl die Gewerbesteuereinnahmen von 2003 bis 2007 um 167 % stiegen.

Um die Dimensionen noch einmal deutlich zu machen: Während der kommunale Finanzierungssaldo im guten Jahr 2007 in den Flächenländern insgesamt bei + 112 Euro pro Einwohner lag, lag er in NRW insgesamt bei nur + 39 Euro pro Einwohner. Betrachtet man das Ruhrgebiet allein, lag der kommunale Finanzierungssaldo mit – 99 Euro pro Kopf am untersten Ende der Skala. 2008 betrug der negative Finanzierungssaldo der Ruhrgebietskommunen – 612 Mrd. Euro. Und dieser Saldo bezieht sich auf die laufenden Ausgaben, die Verschuldung selbst beträgt ein Vielfaches.

In seiner Studie hat der DGB deshalb ein ganzes Bündel von Forderungen entwickelt, die wir nebenstehend dokumentieren. Kern ist die Forderung nach einem Entschuldungsfonds, durch den die Gemeinden von Zinslasten und Tilgung der Altschulden entlastet werden sollen. Diese Entlastung soll die notwendige Liquidität freimachen, um durch die Senkung struktureller Haushaltsdefizite Investitionen zu ermöglichen und Beschäftigung zu sichern. Einen Teil der Altschulden soll die NRW-Bank übernehmen.

### **<Ü>Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr**

Die Oberbürgermeister von 18 Ruhrgebietsstädten und Wuppertal haben die Forderung nach einem Entschuldungsfonds jetzt in einem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ bekräftigt. Sie kündigen gleichzeitig allerdings harte Einschnitte für die Bevölkerung und „Eigenbeiträge“ wie höhere Grundsteuern oder eine „Entschuldungsabgabe“ an.

Solche rechtlich fraglichen Vorschläge sind wahrscheinlich vor allem der Verzweiflung geschuldet. Denn faktisch sind viele Städte im Ruhrgebiet und im Bergischen Land kaum noch handlungsfähig. Rund 200 Kommunen können in NRW keinen ausgeglichenen Haushalt mehr aufstellen. Die Anzahl der überschuldeten Kommunen, deren Eigenkapital aufgezehrt ist, wird von 5 Kommunen 2009 im Zeitraum 2010 bis 2013 voraussichtlich auf 40 steigen. Das ist fast jede zehnte Kommune in NRW. Im Ruhrgebiet allein werden es voraussichtlich 19 Kommunen sein, das ist jede dritte Kommune. Diese Kommunen erhalten schon jetzt teilweise harte Auflagen durch die Kommunalaufsicht, die in NRW von den Regierungspräsidenten wahrgenommen wird.

Und das heißt: Die von oben, vom Land eingesetzten Regierungspräsidenten können die demokratischen Entscheidungen der gewählten Vertreter in den Räten ausser Kraft setzen bzw. ihnen diktieren, was sie dürfen, und was nicht. In Oberhausen gab es im letzten Jahr heftige Auseinandersetzungen um die Auflage, keine Azubis mehr einzustellen. Mehrere tausend Menschen demonstrierten dagegen, der Regierungspräsident musste schließlich etwa die Hälfte der sonst üblichen Anzahl Auszubildende genehmigen.

In Essen hat die Düsseldorfer Bezirksregierung vorsorglich einen kompletten Ausgaben- und Investitionsstopp verhängt, obwohl der Haushalt 2010 noch nicht einmal im Entwurf vorliegt und Essen nach derzeitigen Prognosen erst 2013 überschuldet sein wird. Erlaubt sind nur noch pflichtige und vertraglich gebundene Ausgaben, alle freiwilligen Leistungen sind zu überprüfen. „Die Stadt Essen hat mit Aufstellung des Haushaltes und des

Haushaltssicherungskonzeptes 2010 letztmalig Gelegenheit, das Ruder herzuzureißen und sich den bislang noch bestehenden Rahmen kommunaler Handlungsfähigkeit zu erhalten und möglichst langfristig zu sichern,“ heißt es zynisch in der entsprechenden Verfügung.

Zynisch ist diese Aussage auch deshalb, weil selbst die härtesten Zwangsbandagen kaum Aussicht auf Erfolg haben werden. Die Städte Hagen, Marl und Waltrop im Ruhrgebiet waren bereits unter Zwangsverwaltung und wurden von den Bezirksregierungen eingesetzten Sparkommissaren „regiert“. Nach kurzer Entspannung sind sie inzwischen wieder überschuldet.

Absehbar ist, dass in den Kommunen harte Kämpfe um Kürzungen stattfinden werden. In Wuppertal, einer 300.000-Einwohner-Stadt, soll das Theater geschlossen werden. Mehrere Tausend Kulturschaffende aus ganz NRW haben kürzlich dagegen protestiert. Andere Städte wie Essen diskutieren unter dem Stichwort „Anpassung der Infrastruktur“ die Schließung von Sportanlagen, Bädern und die Verlagerung des Zentralen Städtischen Jugendzentrums. Sportanlagen, Bäder oder Stadtteilbüchereien, Spielplätze und Kindergärten sind aber nicht nur Einrichtungen der Daseinsvorsorge, sondern ebenso wie die Theater Kommunikationsräume. Das kulturelle Kapital der Stadt ist gefährdet, die Kommunale Selbstverwaltung schon jetzt teilweise weg.

Wolfgang Freye

Quellen: „Aktuelle Finanzlage der Städte – Rückblick auf 2009 und Prognose für 2010“, Bericht des Deutschen Städtetages, 2.2. 2010; Antwort der Landesregierung NRW auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen „Furiöse Pleiten, ratlose Sparkommissare und regierungsamtliche Legenden – Sind die Kommunalfinanzen schon abgestürzt?“ vom 21.1. 2010; „Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr 2009 – Raus aus den Schulden!“, Hrsg. Regionalverband Ruhr, 14.1. 2010; „Finanzsituation der Kommunen in NRW – Probleme und Lösungsansätze“, Hrsg. DGB NRW, Dezember 2008